9 NRW Magazin

www.dbb-nrw.de

September 2014 • 57. Jahrgang

Zeitschrift des
DBB NRW Beamtenbund und Tarifunion

Besoldungsrunde 2013/2014: Nullrunden vom Tisch

Roland Staude: Einigung in letzter Minute – 2015 wieder gesprächsbereit

In der Nacht vom 21. auf den 22. August 2014 konnte nach langen und schwierigen Gesprächen über die Beamtenbesoldung in NRW eine Einigung zwischen dem DBB NRW sowie weiteren Gewerkschaften und der Landesregierung erreicht werden. Roland Staude, DBB NRW Vorsitzender, sagte am frühen Morgen nach Abschluss der Gespräche: „Die 1 : 1-Übertragung des Tarifergebnisses war zwar nicht durchsetzbar, aber wir sind in die Nähe gekommen."

Nach einer Einigung sah es am 21. August um 23 Uhr noch nicht aus. Bis zu diesem Zeitpunkt hielt die rot-grüne Landesregierung noch an einer sogenannten Paketlösung fest. **Hannelore Kraft** wollte auch für 2015 bis 2017 die künftigen Besoldungserhöhungen festschreiben. **Staude**: „Zudem wären Einbußen bei den Beamtinnen und Beamten vorprogrammiert gewesen." Die in Aussicht gestellten „Erhöhungen" waren für den DBB NRW völlig indiskutabel.

Bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits drei Gespräche des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes, der Deutschen Steuer-Gewerkschaft und weiterer Gewerkschaften mit der Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, dem Finanzminister **Dr. Norbert Walter-Borjans** (beide SPD) und der stellvertretenden Ministerpräsidentin **Sylvia Löhrmann** (Bündnis 90/Die Grünen) über die Besoldung der Beamtinnen und Beamten mehr oder weniger ergebnisoffen verlaufen.

Pressekonferenz zum Ergebnis der Besoldungsgespräche

Die Idee, die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes an der Entwicklung der Beamtenbesoldung zu beteiligen, wurde grundsätzlich vom DBB NRW begrüßt. In den Gesprächen ließen die Vertreter der rot-grünen Landesregierung von Beginn an die Muskeln spielen und kündigten an, erforderlichenfalls den „Giftschrank" zu öffnen. Das Ziel der Landesregierung war nämlich eine komplette Kompensation der 711-Millionen-Euro-Lücke im Haushalt, die durch das Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 1. Juli 2014 entstanden war.

Roland Staude, **Jutta Endrusch** (2. DBB NRW Vorsitzende) und **Manfred Lehmann** (Vorsitzender der DSTG NRW) machten schließlich deutlich, dass mit dem Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen nur über die Besoldungsrunde 2013/2014 eine Einigung erzielt werden könne: „Wir machen keinen Deal mit der Landesregierung zulasten unserer Kolleginnen und Kollegen!" Rot-Grün wollte mit der Brechstange bei den Beamtinnen und Beamten sparen. Diese haben in den vergangenen Jahren mit jährlich rund 2,4 Milliarden schon genug Sonderopfer gebracht, so Staude. »

3 Weiterentwicklung der Zielquote

Nordrhein-Westfalen will mehr Frauen in Führungspositionen

4 Mit starker Stimme

DBB NRW Aufruf zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen

5 Für Mensch und Tier

Amtstierärzte überwachen die Sicherheit unserer Lebensmittel

Für Gespräche über die Weiterentwicklung der Besoldung für die Jahre 2015, 2016 und 2017 zeigte sich Staude nach der Einigung jedoch gesprächsbereit. „Aber erst nach dem Abschluss der Tarifrunde im kommenden Jahr, der wir in keinem Falle vorgreifen wollen."

Eines jedoch ist im Rahmen der Medienberichterstattung über die Gespräche über die Besoldungsrunde nochmals deutlich geworden: Besoldungsfragen werden primär mit dem Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen verknüpft. Diese Stärke und diese Kompetenz werden wir zu nutzen wissen, so der Vorsitzende des DBB NRW.

Die DBB NRW Gesprächsführer hatten sich mit dem geschäftsführenden Vorstand und Vertretern der acht größten Fachgewerkschaften im DBB NRW jeweils in den Pausen der Gespräche eng abgestimmt (Bund der Strafvollzugsbediensteten [BSBD], Deutsche Polizeigewerkschaft [DPolG], Deutsche Steuer-Gewerkschaft [DSTG], komba gewerkschaft, Philologen-Verband [PhV], Verband Bildung und Erziehung [VBE], Verband der Landes-Beamten, -Angestellten und -Arbeiter [vdla], Verband der Lehrerinnen und Lehrer an Berufskollegs [vlbs]).

Nach den im vergangenen Jahr abgeschlossenen Tarifverhandlungen hatten die Tarifbeschäftigten in Nordrhein-Westfalen in beiden Jahren zusammen 5,6 Prozent mehr Geld erhalten. Walter-Borjans hatte eine Übertragung des Tarifabschlusses auf die Beamten mit dem Hinweis abgelehnt, dass dies Mehrkosten von 1,3 Milliarden Euro verursachen würde. Das entsprechende Besoldungsgesetz hatte der Verfassungsgerichthof für verfassungswidrig erklärt. Aktuelle Besoldungstabellen sind auf der Internetpräsentation www.dbb-nrw.de veröffentlicht. JK

Ergebnisse der Besoldungsgespräche

A 11 und A 12

- Ab dem 1. Januar 2013 Erhöhung um 1 Prozent; ab dem 1. Mai 2013 Erhöhung um 0,5 Prozent abzüglich 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage und Erhöhung des Monatsbezugs um 30 Euro.
- Ab dem 1. Januar 2014 Erhöhung um 1 Prozent; ab dem 1. Mai 2014 Erhöhung um 0,5 Prozent abzüglich 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage und Erhöhung des Monatsbezugs um 40 Euro.

Die bereits ausgezahlten Erhöhungen werden mit dem Nachzahlungsbetrag verrechnet.

A 13 bis A 16 und die Besoldungsordnung B

- Ab dem 1. September 2013 Erhöhung um 1,5 Prozent abzüglich 0,2 Prozent für die Versorgungsrücklage und Erhöhung des Monatsbezugs um 30 Euro.
- Ab dem 1. September 2014 Erhöhung um 1,5 Prozent abzüglich der Versorgungsrücklage in Höhe von 0,2 Prozent und Erhöhung des Monatsbezugs um 40 Euro.

Who is who?

Fange nicht an aufzuhören. Höre nicht auf anzufangen!

Roland Staude im Gespräch mit dem DBB NRW Magazin

Roland Staude (48) ist im Mai auf dem Gewerkschaftstag zum neuen Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen gewählt worden. Was reizt ihn an der neuen Aufgabe, welche Ziele hat er sich gesetzt?

Roland Staude

Der in Bielefeld aufgewachsene Kommunalbeamte ist verheiratet und hat drei Kinder. Nach einer klassischen Verwaltungsausbildung wurde er nach erfolgreichem Aufstieg bei der Stadt Bielefeld Dipl.-Verwaltungswirt (FHöV). Nach dem Besuch der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie wurde er Dipl.-Verwaltungsbetriebswirt (VWA). Zuletzt war **Roland Staude** als Ordnungsamtsleiter der Stadt Bielefeld tätig.

Hobby und Freizeitgestaltung?

Versuche in der verbleibenden Zeit viel mit der Familie gemeinsam zu unternehmen. Ansonsten treibe ich gerne Sport und lese gerne.

Ihr Lebensmotto?

Fange nicht an aufzuhören. Höre nicht auf anzufangen!

Haben Sie ein Vorbild/Idol?

Nein, da halte ich es eher mit Wilhelm Busch frei nach dem Motto: „Wer in die Fußstapfen anderer tritt, hinterlässt keine eigenen Spuren."

Was ist Ihre Philosophie in Bezug auf Arbeit?

Man darf nie das Gefühl haben, dass man im politischen Geschäft ein Star wäre, sondern man hat verdammt noch mal seine Arbeit zu machen.

Was war Ihre bisher beruflich größte Herausforderung?

Innerhalb von zwei Monaten einen eigenständigen Verwaltungsbereich aufzubauen. Praktisch von null auf hundert. Es waren weder Räumlichkeiten, Personal noch eine technische Ausstattung vorhanden. Darüber hinaus mussten aber mehrere Tausend Vorgänge innerhalb von drei Monaten bearbeitetet werden.

Was reizt Sie an der neuen Aufgabe des DBB NRW Vorsitzenden?

Ich bin Überzeugungstäter und möchte meinen Beitrag dazu leisten, dass der öffentliche Dienst in NRW endlich den Stellenwert bekommt, den er verdient hat. Ich möchte auch erreichen, dass der DBB NRW in der Öffentlichkeit

und der Politik als „Qualitätsmarke“ wahrgenommen wird.

Wie wollen Sie den Spagat zwischen den Erwartungen der Mitglieder und dem politisch Machbaren bewältigen?

Das ist wirklich eine Kunst. Wichtig ist, dass man versucht, einen Interessenausgleich zu erreichen. Das Ziel muss sein,

das Bestmögliche unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst zu erreichen. Kompromisse darf es nicht um jeden Preis geben.

Welche Akzente möchten Sie in den nächsten fünf Jahren setzen?

Der DBB NRW benötigt für die sicherlich nicht einfachen Zeiten den engen Schulterschluss mit seinen Fachgewerkschaften und seinen Kreisverbänden vor Ort, um seine gewerkschaftspolitische Schlagkraft voll zu entfalten.

Wir müssen politischer werden und uns neue Verbündete für unsere Interessen suchen. Der Tarifbereich und der Beamtenbereich dürfen sich nicht auseinanderdividieren lassen. ■

Frauen

Weiterentwicklung der Zielquote im öffentlichen Dienst

Nordrhein-Westfalen will mehr Frauen in Führungspositionen

„Geschlechtergerechtigkeit entwickelt sich, wie wir schon lange wissen, gerade nicht von selbst“, so Elke Stirken, Vorsitzende der Landesfrauenvertretung des DBB NRW. „Verbindliche Zielquoten sind nach diesem Gutachten ebenso unerlässlich, um Frauen ausreichend im öffentlichen Dienst zu unterstützen, wie die Stärkung der Position der Gleichstellungsbeauftragten.“

Die DBB Landesfrauenvertretung begrüßt die Pläne der Landesregierung, mehr Führungspositionen weiblich zu besetzen und die Regelungen zur Frauenquote im öffentlichen Dienst weiterzuentwickeln.

Verfassungsrechtliche Verpflichtung

Die Landesregierung hatte unter anderem wegen der anstehenden Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes und der gegenwärtigen Dienstrechtsreform ein Gutachten zur „Zielquote für Frauen in Führungspositionen“ in Auftrag gegeben. Der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, **Prof. Hans-Jürgen Papier**, hat dieses nunmehr vorgelegt. Neben einer verfassungsrechtlichen Verpflichtung für eine gleichstellungsorientierte Personalpolitik, weist das Gutachten auch aus, dass die Quotenregelungen jahrzehntelang nach ihrer Einführung ihr Ziel verfehlt haben.

Die bisher von den Verwaltungsgerichten geprägte Beförderungspraxis unterlaufe wegen der Vielzahl der Einzelkriterien, die dabei für den Qualifikationsvergleich herangezogen würden, die Frauenquote. Ein Auswahlverfahren, das den Fall gleicher Qualifikation – denn erst hier findet die Quote Anwendung – so gut wie nicht mehr vorkommen lasse, hebele die Quote aus.

Gleichberechtigungsgebot für den öffentlichen Dienst

Dabei ist laut Gutachten das Gleichstellungsgebot des Grundgesetzes ein ebenso wichtiges Staatsziel, wie das für den öffentlichen Dienst geforderte Prinzip der Bestenauslese. Der Gesetzgeber muss nun handeln. Unter Berücksichtigung des Gleichberechtigungsgebots für den öffentlichen Dienst sollten Maßnahmen zur Frauenförderung permanente Führungsaufgabe und bereits im Vorfeld von Personalentscheidungen angesetzt werden. Letztlich wird seitens des Verfassungsrechtlers ein Klagerecht für Gleichstellungsbeauftragte empfohlen.

Einbindung in die LGG-Novelle und Dienstrechtsreform

Im Rahmen der Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes und der laufenden Prozesse zur Dienstrechtsmodernisierung war die Landesfrauenvertretung an den Arbeitssitzungen entsprechend beteiligt. Allein um die Gleichstellungsbeauftragten mit mehr Rechten auszustatten, hatte die Landesfrauenvertretung bereits auf die Notwendigkeit einer Sanktionsmöglichkeit hingewiesen. „Wer Qualität fordert und in Führungspositionen den Frauenanteil erhöhen will, muss Gleichstellung ernsthaft gewährleisten. Nur so ist ein gleicher Zugang von Frauen und Männern zu gewährleisten“, so die Vorsitzende der Landesfrauenvertretung im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen.

JDS

Meinungsaustausch mit CDU-Landtagsfraktion

Über aktuelle gewerkschaftspolitische Themen diskutierten am 12. August 2014 Roland Staude und Jutta Endrusch vom nordrhein-westfälischen Beamtenbund mit Vertretern der CDU-Landtagsfraktion.

Deborah Dautzenberg, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der CDU-Landtagsfraktion, Jutta Endrusch, 2. DBB NRW Vorsitzende, Dr. Marcus Optendrenk MdL, Roland Staude 1. DBB NRW Vorsitzender (von links)

Wahlen

Mit starker Stimme für die Rechte der Schwerbehinderten

DBB NRW Aufruf zu den Wahlen der Schwerbehindertenvertretungen

Es ist wieder soweit: Die Wahl der Schwerbehindertenvertretungen steht an. Eine wichtige Wahl für die schwerbehinderten Menschen in der öffentlichen Verwaltung, auch in Nordrhein-Westfalen.

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, unterstützt dabei die qualifizierten und hervorragend fortgebildeten Kandidatinnen und Kandidaten der Fachgewerkschaften des DBB NRW. „Gehen Sie zur Wahl. Es ist wichtig, dass die Schwerbehindertenvertretungen mit einem starken Mandat ausgestattet werden."

Ab dem 1. Oktober bis Ende November 2014 wird die örtliche Schwerbehindertenvertretung (SBV), von Dezember 2014 bis Januar 2015 die Bezirksschwerbehindertenvertretung und von Februar bis März 2015 die Hauptschwerbehindertenvertretung gewählt.

Die SBV achtet darauf, dass die zugunsten schwerbehinderter Menschen geltenden Rechtsvorschriften beachtet werden. Dies gilt beispielsweise für die Regelungen der Arbeitszeit, der Überstunden und die Ausgestaltung von Arbeitsplätzen.

Sie beantragt bei den zuständigen Stellen (präventive) Maßnahmen, die den schwerbehinderten Menschen dienen. Sie nimmt Anregungen und Beschwerden entgegen und setzt sich für deren Bearbeitung beim Arbeitgeber vehement ein.

Wolfgang Römer, stellvertretender DBB NRW Vorsitzender: „Es liegt im eigenen Interesse der wahlberechtigten schwerbehinderten und gleichgestell-

ten Beschäftigten, ihre Schwerbehindertenvertretung mit ihrer Stimme zu unterstützen."

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen und seine Mitgliedsgewerkschaften ruft alle Wahlberechtigten dazu auf, zur Wahl zu gehen.

Staude: „Wir sind seit jeher für starke Interessenvertretungen in den Verwaltungen und Betrieben. Wählen Sie die Kandidaten unserer Mitgliedsgewerkschaften. Diese Kolleginnen und Kollegen sind nicht nur kompetent und erfahren, sondern haben auch die starke Unterstützung des DBB NRW für ihre Tätigkeit in der Schwerbehindertenvertretung."

www.dbb-nrw.de/sbv

Auf einer Internet-Sonderseite stellt der DBB nützliche Informationen rund um die Wahl zur Verfügung. Damit soll den Kandidatinnen und Kandidaten der DBB Mitgliedsgewerkschaften und auch den in Wahlvorständen engagierten Kolleginnen und Kollegen praktische Hilfestellung gegeben werden. JK

Berufspolitik

Verfassungsmäßigkeit der Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld

DBB NRW: Gegen Kindergeld- beziehungsweise Steuerbescheid Einspruch einlegen

Das Bundesverfassungsgericht wird sich erneut mit der Frage beschäftigen, ob die von 27 auf 25 Jahre herabgesetzte Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld verfassungsgemäß ist.

Hintergrund ist die Absenkung der Altersgrenze für den Bezug von Kindergeld von 27 auf 25 Jahre, die mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wie die Pendlerpauschale und die Regelungen zum Abzug des häuslichen Arbeitszimmers für den Steuerzahler geändert worden war.

Zwischenzeitlich hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) über die Pendlerpauschale und die Regelungen zur steuerlichen Absetzbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers für den Steuerzahler erneut beschieden und sie geändert. Ein früheres Verfahren in gleicher Sache (BVerfG-Beschluss vom 22. Oktober 2012, Az.: 2 BvR 2875/10) war zwar vom BVerfG nicht zur Entscheidung angenommen worden. Dennoch ist es nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht auch im Hinblick auf die Kindergeldaltersgrenze die Regelung von 2007 für verfassungswidrig erklärt.

Der Deutsche Beamtenbund Nordrhein-Westfalen rät Eltern, die durch die Regelung Nachteile erleiden, gegen die Kindergeld- beziehungsweise Steuerbescheide binnen eines Monats Einspruch einzulegen und unter Verweis auf das laufende Verfahren beim BVerfG (Az.: 2 BvR 646/14) ein Ruhen des Verfahrens zu beantragen. JDS

DBB Intern

Für Mensch und Tier

Amtstierärzte überwachen die Sicherheit unserer Lebensmittel

BSE, Maul- und Klauenseuche, Antibiotika im Geflügel oder auch das Pferdefleisch in der Lasagne – solche Schreckensmeldungen sind zum Glück nicht an der Tagesordnung. Dass wir Verbraucher eben nicht täglich mit solchen Meldungen konfrontiert werden, verdanken wir zu einem großen Teil den Amtstierärzten, die in den Veterinärämtern ihren Dienst verrichten.

Sind die Tiere gesund, so ist auch das Essen gesund. Und genau deshalb setzen die Veterinäre mit ihren Kontrollen gleich in den landwirtschaftlichen Betrieben an. Sind Futtermittel nicht korrekt zusammengesetzt oder werden die Tiere falsch gehalten, so greifen sie ein. Doch bis ein Lebensmittel als schmackhaftes Essen bei uns auf dem Teller landet, durchläuft es noch so manche weitere Produktionsstufe. Stets bleibt es jedoch im Visier der Kontrolleure.
Die Arbeit der Amtstierärzte gliedert sich in drei Bereiche: die Lebensmittelüberwachung, die Tierseuchenbekämpfung mit dem Tierschutz sowie die Fleischbeschau.

Kontrolliert wird vom Tante-Emma-Laden bis zum großen Discounter

Egal, ob es sich um einen Tante-Emma-Laden handelt oder den großen Discounter, ob es um Tabakwaren geht oder um den Kosmetikladen, die Imbiss-

bude oder das Fünf-Sterne-Restaurant, die Lebensmittelkontrolleure, die Assistenten der Amtstierärzte, unterziehen jeden Betrieb, der mit Lebensmitteln zu tun hat, einer genauen Prüfung.

„Ein Betrieb wird nach Risiko eingestuft und danach erfolgt dann auch die Überwachung“, erläutert Amtstierarzt **Dr. Georg Paß**, Vorsitzender des Landesverbandes der Tierärztinnen und Tierärzte im öffentlichen Dienst (LdT) im Deutschen Beamtenbund, das System. „Ein großer Küchenbetrieb beispielsweise, der für fünf Schulen kocht, gehört zu einer hohen Risikoklasse einfach deshalb, weil viele Menschen davon abhängig sind. Ebenso ist es mit der Imbissbude, die zwar vielleicht nur fünfzig Würstchen am Tag verkauft, aber schon mehrfach negativ aufgefallen ist, weil es dort nicht sauber war. Auch diese Imbissbude zählt dann zu dieser hohen Risikoklasse, die häufiger kontrolliert wird.“

Dr. Georg Paß, Amtstierarzt im Kreis Gütersloh und Vorsitzender des Landesverbandes der Tierärztinnen und Tierärzte im öffentlichen Dienst (LdT) im Deutschen Beamtenbund Nordrhein-Westfalen

Seuchen bei Tieren auf Menschen übertragbar

Treten plötzlich bei Tieren Seuchen auf, so muss schnellstmöglich gehandelt werden, denn die Erreger der Seuchen können unter Umständen auch auf den Menschen übertragen werden. In solchen Situationen heißt es, die verseuchten Stallungen zu reinigen, zu desinfizieren und auf besondere Hygiene zu achten. Manchmal ist es auch erforderlich, Viehbestände zu keulen, oder, wie es im Amtsdeutsch heißt, zu sanieren. Es werden Sperrgebiete eingerichtet und Quarantänevorgaben gemacht. Treten Seuchen auf, so bedeutet das nicht nur für die Bauern einen enormen wirtschaftlichen Verlust, auch die Volkswirtschaft leidet. Die Maul- und Klauenseuche-Epidemie in Großbritannien vor einigen Jahren verursachte laut FOCUS Online beispielsweise Gesamtkosten in Höhe von über zehn Milliarden Euro.

„Ein wachsender Bereich innerhalb unserer Arbeit ist der Tierschutz“, weiß Dr. Paß. „Da geht es einerseits um Nutztiere, aber auch um Haustiere und deren artgerechte Haltung und Versorgung. Wir werden durch die Tierärzte in der Praxis vor Ort, durch Nachbarn oder durch Tierschutzvereine auf Problemfälle aufmerksam gemacht und greifen dann entsprechend ein.

Da in unserem Bezirk der größte Schlachthof Europas ansässig ist, bildet die Fleischbeschau die größte Abteilung unseres Veterinäramtes“, berichtet der Amtstierarzt aus Gütersloh. „Jeder Tierkörper wird in seiner Gesamtheit untersucht und kontrolliert, damit das Fleisch ohne Bedenken später verzehrt werden kann. Die Schlachthöfe verfügen über eigene Labore, in denen unsere Mitarbeiter tätig sind.“

Überwachung vom Stall bis auf den Teller

„Das Aufgabenfeld für uns Amtstierärzte ist vielfältig. Wenn jedoch gesagt wird, dass wir für die Sicherheit der Lebensmittel zuständig sind, so ist das nicht ganz richtig. Für unsere Arbeit gilt folgender Grundsatz: Der Hersteller eines Produktes hat für die Sicherheit des Produktes zu sorgen. Wir, das Überwachungsorgan, haben dafür zu sorgen, dass der Unternehmer beziehungsweise der Hersteller seiner Verpflichtung zur Überwachung nachkommt“, fasst der Veterinär die Arbeit der Amtstierärzte zusammen. „Und das machen wir eben auf allen Produktionsstufen – sozusagen vom Stall bis auf den Teller.“ CS

Der Verband im Internet:
www.amtstieraerzte.de

Verdienstmedaille für Theo Disselhoff

Der Ehrenvorsitzende der vdla-Gewerkschaft, Theo Disselhoff, ist mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden.

In seiner Laudatio würdigte Regierungsvizepräsident **Volker Milk** die langjährigen und vielfältigen Aktivitäten **Theo Disselhoffs** im gewerkschaftlichen Bereich. Weit über zwei Jahrzehnte hatte Disselhoff im Vorstand der DBB NRW Fachgewerkschaft vdla als stellvertretender Vorsitzender daran mitgearbeitet, die Anliegen der etwa 10 000 Landesbediensteten zu vertreten. Als Vorsitzender prägte er in den Jahren von 2000 bis 2012 maßgeblich die Ausrichtung und Entwicklung des vdla. Disselhoff war für die Fachgewerkschaft stets in die Strukturen des DBB Beamtenbundes und der Tarifunion eingebunden und in seiner Eigenschaft als vdla-Vorsitzender Mitglied des nordrhein-westfälischen DBB Landeshauptvorstandes. GA

Regierungsvizepräsident Volker Milk überreicht Theo Disselhoff Verdienstmedaille

Die große Weltpolitik ist für die DBB Jugend NRW ganz nah

Seit vielen Jahren Austauschprogramme mit Israel und der Ukraine

„Die DBB Jugend NRW verbindet sowohl mit der Ukraine als auch mit Israel eine langjährige Freundschaft."

In diesen Tagen blickt die DBB Jugend NRW ganz besonders in die Krisenregionen Israel und Ukraine. Zu beiden Ländern pflegt die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen schon seit vielen Jahren eine intensive Freundschaft durch jährliche Austauschprogramme. Doch die Freundschaft wird überschattet von kriegerischen Zuständen vor Ort.

Mit großer Sorge schauen die Menschen in Deutschland seit einigen Monaten in die Ukraine. Die Auseinandersetzung zwischen der ukrainischen Armee und den pro-russischen Separatisten im Osten des Landes hat sich in einen Bürgerkrieg ausgeweitet. Ein Ende der Krise ist zurzeit leider nicht absehbar, internationale Vermittlungsversuche waren bisher leider erfolglos. Überschattet wurden die Ereignisse in der Ukraine durch die Meldungen aus Israel. Der Raketenbeschuss der radikalen Hamas aus dem Gazastreifen und die militärische Reaktion Israels haben zu einer Eskalation der Gewalt geführt. Auf beiden Seiten der Konfliktparteien haben die Hardliner das Kommando übernommen, sodass auch hier, ähnlich der Situation in der Ukraine, keine Ende des Krieges in Sicht ist.

Fassungslos schaut auch die DBB Jugend NRW auf diese beiden Krisen, schließlich bestehen sowohl zur Ukraine als auch zu Israel schon lange freundschaftliche Beziehungen. Viele Mitglieder der Beamtenbund-Jugend konnten in den vergangenen Jahren die beiden Länder besuchen. Die internationalen Begegnungen ermöglichen den Austausch zwischen den verschiedenen Ländern, Kulturen und Menschen. Fester Bestandteil dieser Austauschmaßnahmen sind auch immer gegenseitige Besuche in den Partnerländern.

Die DBB Jugend NRW hofft, dass sowohl in der Ukraine als auch in Israel so schnell wie möglich wieder Frieden einkehrt. Dafür bedarf es aber auf allen Seiten der Konfliktparteien wieder des Kommandos der gemäßigten Kräfte, damit Verhandlungen überhaupt erfolgreich sein können. Die internationalen Vermittlungsbemühungen müssen darüber hinaus deutlich intensiviert werden. Die Weltgemeinschaft darf nicht einfach nur zusehen, sie muss auch endlich handeln.

MK

FERIENZIELE

DEUTSCHLAND

Bauernhof/Nähe St. Peter-Ording, Kühe, Schafe, Ponys, hofeigener Reitweg, Strand 800 m, kinderfrdl., 4-Sterne FeWos, für 2–6 Pers., Frühstück, Sauna, Hausprospekt! Tel. (04862) 8541 **www.rickerts.de**

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Gnoß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Staude (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10.
E-Mail: redaktion@dbb-nrw.de. **Internet:** www.dbb-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK).
Redaktion: Julia Dalhoff-Schereik (JDS), Markus Klügel (MK) und Cordula Stratmann (CS).
Bildredaktion: Tanja Henze.
Bilder: Roberto Pfeil, MEV, DBB Jugend NRW.
Redaktionsschluss am 15. jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des dbb beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: dbb verlag gmbh. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellanschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern.
Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Anzeigentarif Nr. 36, gültig ab 1.10.2013. **Ständige Beilage: dbb magazin.** ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

Roland Staude (Bildmitte) besucht die Aktion der DBB Jugend NRW

DBB Jugend NRW: Junge Beschäftigte protestieren vor Staatskanzlei

Roland Staude unterstützt nachdrücklich die Aktion des Jugendverbandes

Hohe Krankenzahlen im öffentlichen Dienst, Beschäftigte, die nur noch krank in den Ruhestand entlassen werden können, Burn-out-Fälle und Überlastung im Job: Den jungen Beschäftigten reicht es: Sie legten sich deshalb vor der Staatskanzlei in Düsseldorf ins Lazarett.

Für eine Stunde hatte die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, die DBB Jugend NRW, für ihre diesjährige August-Aktion dort unter dem Motto „Pflegefall Öffentlicher Dienst“ ein Lazarett aufgeschlagen.

DBB NRW Vorsitzender **Roland Staude** unterstrich mit seinem Besuch bei den Protestierenden die Bedeutung der Aktion: „Personalnotstand und hohe Krankenzahlen sorgen auch für die jungen Kolleginnen und Kollegen für eine permanente Dauerbelastung.“

Jano Hillnhütter, Vorsitzender der DBB Jugend NRW, ergänzte: „Wenn es um Mehrarbeit oder Urlaubsverzicht geht, sind die jungen Beschäftigten oft die Leidtragenden. Sie sind aufgrund des Alters weniger oft krank, stecken Stresssituationen zumindest zu Beginn noch besser weg, hoffen auf eine spätere Übernahme und lassen darum eher mal fünf gerade sein.“

Ein ausführlicher Bericht über die Aktion mit Bildern und die Forderungen an die Ministerpräsidentin ist auf der Website der DBB Jugend NRW veröffentlicht: www.dbbjnrw.de. ■